

Globalisierung – Fluch oder Segen?



Guido Müller.

Unabhängig vom rein politischen Standpunkt ist nachvollziehbar, dass die Globalisierung auch ihre Schattenseiten hat. Damit meine ich nicht primär die zurzeit für alles herbeigezogene Klimaveränderung oder der bekannte ökologische Blödsinn der Lebensmitteltransporte rund um die Welt.

Presseberichte über gesundheitsschädigende Stoffe in Spielzeugen und Kleidern aus China rufen nach vermehrten Qualitätskontrollen an der Grenze. Dabei wird ausgeblendet, dass wir in der Schweiz über eine Produktion qualitativ hoch stehender Produkte verfügen, die solche Kontrollen erübrigt. Es ist fragwürdig, den Import von Billigprodukten mit Steuergeldern zu überwachen und damit die inländische Industrie zusätzlich zu benachteiligen.

Vernichtung von Volksvermögen durch die Politik

In den letzten Wochen und Tagen haben die US-Notenbank, die japanische Notenbank und die europäische Zentralbank Hunderte von Milliarden Dollar zur Stützung des Dollars in den Markt gepumpt, um die Börse zu stützen. Die Begründung lag darin, dass Privatbanken in den USA ihre Hypotheken nicht mehr verzinsen können. Viele Hypothekenschuldner hätten ihre Immobilien verloren, wenn sie die Zinsen trotz der in den USA zurzeit herrschenden Wirtschaftskrise hätten aufbringen müssen.

Viele Börsenspekulanten konnten mit Geld der Nationalbanken, mit Volksvermögen, vor grossen Verlusten bewahrt werden. In den letzten Jahren hatten auch unsere Pensionskassen von überdurchschnittlichen Renditen auf den Aktienmärkten profitiert. Mit Renditen von weit über 10 Prozent konnten sie die Verluste der Jahre 2001 bis 2003, die vielfach zu Unterdeckungen geführt hatten, kompensieren. Fressen nun schlechte Anlagejahre die Reserven wieder weg, müssen diese später wieder geäufnet werden. Die Versicherten werden sich darauf einstellen müssen, dass ihre Pensionskassen in den nächsten Jahren keine Traumrenditen erzielen. Um Unterdeckungen zu vermeiden, werden Leistungsverbesserungen oder Beitragssenkungen nicht möglich sein. Allfällige Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen sind durch die Schweizer Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu decken.

Abhängigkeit statt Versorgungsautonomie

Finanzkräftige Spekulanten sind dazu übergegangen, die Verluste auf den Finanzmärkten auf dem Getreidemarkt zu kompensieren. Dieser hat sich in den letzten Monaten stark verändert. So wurden durch die Politik die Getreidevorräte auf ein historisch tiefes Niveau abgebaut. Die weltweiten Lagerbestände sind unter 15 Prozent des Verbrauches gefallen, ausreichend für gerade noch 56 Tage! Zusätzlich steigt der Weizenbedarf wegen steigender Bevölkerungszahlen. Gleichzeitig sind infolge der Dürre in Australien grosse Ernteauffälle von bis zu 25 Prozent zu erwarten, gleich wie im Süden und Osten Europas. Dazu kommt ein zunehmender Trend der gestiegenen Nachfrage nach nachwachsendem Rohstoff für die Ethanol- und Energieproduktion.

Neue Abhängigkeiten und Spekulationsmöglichkeiten wurden geschaffen. Eine Jagd nach dem Rohstoff Getreide hat begonnen und die Möglichkeit zur Realisierung satter Gewinne für kapitalkräftige Spekulanten wurde ermöglicht. Neben der ethischen Frage, ob es vertretbar ist, im Bewusstsein von Hungersnöten in der Dritten Welt, Getreide zur Lösung unserer Energieprobleme heranzuziehen, fragt sich auch, wie wir den Bedürfnissen der Schweizer Landwirtschaft gerecht werden.

Wegen wetterbedingter Ernteauffälle in der Schweiz sind wir gezwungen, unsere Versorgung mit Brotgetreide auf dem internationalen Markt zu hohen Preisen einzudecken. Da wir unsere Pflicht- oder Interventionslager im Sinne einer globalisierten Politik abgebaut haben, werden wir vermehrt vom Weltmarkt abhängig sein. Ein Bekenntnis zur produzierenden Schweizer Landwirtschaft und damit zur selbstständigen und unabhängigen Landwirtschaftspolitik wird uns künftig unliebsame Kostenerhöhungen ersparen.

In der Schweiz, in einer echten Demokratie, kann es keine Versorgungsängste geben, weil in einer Demokratie das Volk selber über sein Wohl bestimmen kann. ■

Guido Müller

Mitglied Zentralvorstand des Gewerbeverbandes
des Kantons Luzern und Nationalratskandidat